

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 8

Artikel: Russland und die SPS
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330655>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

bunden werden, ihre «Angestellten» und «Arbeiter» bei der Suval zu versichern gegen die Folgen einer Voll- oder Teilinvalidität oder gar des Unfalltodes? Lauten denn die Urteile der Strafgerichte, die Verfügungen der Armenbehörden auf Minderung der körperlichen Integrität der eingewiesenen Kriminellen oder Paupers oder gar auf Vernichtung ihres Lebens? Wenn nicht, dann fort mit dem mittelalterlichen Ukas! Schlägt er doch aller neuzeitlichen und rein menschlichen Auffassung über die Behandlung von Sträflingen und Armengenössigen ins Gesicht. Unsere Forderung lautet: Unterstellung auch der Armen- und Strafanstalten unter das KUVG., sofern ihre Betriebe gewerblichen Charakter haben⁵.

Rußland und die SPS.

Von Ernst Reinhard.

In der letzten Zeit haben einige Parteizeitungen in sehr verschiedener Art zum Problem Rußland Stellung genommen; in der Basler «Arbeiterzeitung» hat Fritz Schneider die Grenzen abzustecken versucht; im Luzerner «Arbeiterblatt» wandte sich ein Korrespondent und schließlich Dr. Meierhans gegen unberufene Kritiker; im Genfer Parteiblatt wird seit einiger Zeit fast alles ebenso leidenschaftlich als kritiklos übernommen, was von russischen Agenturen und kommunistischer Seite über Rußland gemeldet wird, und jede Kritik, die sich Sozialisten erlauben, als gegen Rußland gerichtet und antirevolutionär perhorresziert. Die Vorgänge, die sich in der schweizerischen sozialistischen Presse bei der Behandlung des Menschewistenprozesses in Moskau abspielten, zwingen die Partei dazu, zum Problem Rußland in klarer Weise Stellung zu nehmen; es muß

⁵ Nach deutschem Recht sind Insassen von Strafanstalten, Arbeits- und Besserungshäusern nicht versichert; hingegen ist für sie durch das *Reichsgesetz betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene* vom 30. Juni 1919 anderweitig gesorgt worden. Der § 1 dieses Gesetzes lautet:

«Wenn Gefangene einen Unfall bei einer Tätigkeit erleiden, bei deren Ausübung freie Arbeiter nach den Bestimmungen der Reichsgesetze über Unfallversicherung versichert sein würden, so ist für die Folgen solcher Unfälle eine Entschädigung zu leisten.

Den Gefangenen werden die in öffentlichen Besserungsanstalten, Arbeitshäusern und ähnlichen Zwangsanstalten untergebrachten Personen gleichgestellt, ebenso die zur Forst- oder Gemeindearbeit oder zu sonstigen Arbeiten auf Grund gesetzlicher oder polizeilicher Bestimmung zwangsweise angehaltenen Personen.»

Ein solches Gesetz betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene würde sich auch für schweizerische Verhältnisse empfehlen, solange den Erläuterungen der Suval — die Partei ist! — geradezu Gesetzescharakter zugebilligt wird.

eine gemeinsame Linie gefunden werden. Diese Ausführungen wollen versuchen, der Parteidiskussion über die Frage «Rußland und wir» die Wege zu ebnen.

I.

Die historische Bedeutung der russischen Revolution.

Man wird es wohl der schweizerischen Partei, die durch die Gründung und die lebhafteste Förderung der Zimmerwalder und der Kienthaler Bewegung aufs eifrigste mitgeholfen hat, die Bewegung nach einer rein proletarischen russischen Revolution zu beschleunigen, glauben können, daß sie die Revolution und ihre siegreiche Verteidigung durch das russische Proletariat enthusiastisch begrüßt hat. Die Errichtung des sowjetrussischen Staates war die logische Folge der Revolution; die Partei hat keine Sympathien für die von der bolschewistischen Revolution gestürzten Zwischenregierungen aufgebracht. Infolgedessen hat sie auch das Problem Sowjetrußland immer in seiner welthistorischen Bedeutung messen können und hat sich in seiner Beurteilung vorurteilsloser verhalten, als es hie und da andern Parteien oder Parteiorganen der SAI. möglich war. Daß Sowjetrußland erhalten bleiben müsse, ist innerhalb der letzten Jahre nirgends angefochten worden; vielmehr hat sich hier ein Parteidogma herausgebildet, an dem festgehalten wurde, auch wenn die Kommunistische Partei der Schweiz durch ihr Verhalten alles mögliche tat, um eine andere Einstellung zu erzwingen. Die Partei hat sich immer von der einfachen Ueberlegung leiten lassen: Was müßte geschehen, wenn an Stelle des heutigen proletarischen Staates in Rußland ein kleinbürgerlicher oder gar ein faschistischer Staat mit oder ohne Romanow aufgerichtet würde? Die Beantwortung dieser Frage hat die ungeheure Gefahr, welche die Gegenrevolution für ganz Europa bringen müßte, so deutlich gemacht, daß die Politik zur Verteidigung Rußlands — trotz der KP. — konsequent durchgeführt wurde.

II.

Interventionspläne.

In der Presse sind daher alle Interventionspläne des europäischen und amerikanischen Kapitalismus sorgfältig registriert und entschieden abgewehrt worden. In keinem Augenblicke hat man Zweifel darüber gelassen, daß nicht nur die schweizerische Partei mit allen Mitteln irgendeinem Interventionsversuch widerstreben werde, sondern daß man dasselbe auch von allen Parteien der SAI. erwarte. Zu dieser Stellung hat nicht nur die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Krieg geführt, sondern auch die Ueberzeugung, daß die russische staatliche Macht ein Gegengewicht gegen den Faschismus bildet, selbst dann, wenn die Diplomaten Rußlands mit dem Faschismus liebäugeln und

in Rom Bündnisse abschließen. Die gleiche Haltung hat auch die SAI. auf allen ihren Kongressen konsequent eingenommen; die Beschlüsse ihrer Exekutive sind ebenfalls klar und unzweideutig. Wie gerecht ihre Vertreter sind, hat nicht zum mindesten der erst kürzlich erfolgte Bericht Vanderveldes über seine Reise durch Rußland gezeigt; Rußland hat in den letzten Jahren keinen Bericht gesehen, der ihm so gute Dienste geleistet hat wie der des ersten Vorsitzenden der SAI.

Es mußte daher nicht nur wie eine Infamie ohnegleichen, sondern wie eine welthistorische Dummheit ersten Grades anmuten, wenn zunächst im Ramsin-Prozeß, nun wieder im Menschewisten-Prozeß die Behauptung aufgestellt wurde, es hätte die Zweite Internationale durch ihre Organisationen und ihre Führer die militärische Intervention in Rußland gefördert und herbeigewünscht. Die Beschuldigung ist abscheulich; die entschiedene Rückweisung einer solchen Infamie ist nicht nur Pflicht der Selbstverteidigung, sondern auch der Solidarität unter Sozialisten. Es muß daher mehr als seltsam anmuten, wenn das Genfer Parteiblatt «Travail» die russischen Anschuldigungen wenigstens gegen eine Organisation der Internationale fast in Bausch und Bogen übernimmt und sich die Behauptungen der Tscheka zu eigen macht, wenn die selbstverständliche Pflicht, die ein Sozialist und Mitglied der SAI. heute hat, seiner Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen, daß wir hier vor einer Infamie und Riesendummheit stehen, als konterrevolutionär angeprangert wird. Das Verhalten des «Travail» einer antifaschistischen Demonstration gegenüber, an der Rußland nicht angeklagt, aber die Ehre der Sozialistischen Internationale verteidigt wurde, ist an und für sich schwer zu verstehen; wenn im Parteiblatt die lügnerischen Anschuldigungen eines schweizerischen Kommunisten gegen einen an der Demonstration anwesenden Führer der SAI. geschützt werden, dann stehen wir hier vor einer Entwicklung der Dinge, die zum Aufsehen mahnt.

III.

Rußland und KP.

Im Verhalten Rußlands mischen sich russische Staatsnotwendigkeiten mit dem Reklamebedürfnis der politischen Kommunistischen Partei. Die Staatsräson kann verstanden werden; die Parteibedürfnisse gehen uns nichts an. Wenn Rußland heute über einen sich schließenden Ring des Faschismus gegen den Sowjetstaat klagt, so scheint es ein Akt einfacher Staatslogik, in diesem Augenblick in Europa nicht eine in sich gespaltene, sondern eine einheitliche Arbeiterbewegung an der Arbeit zu sehen, eine Arbeiterbewegung, die dank ihrer Einheit und ihrem gemeinsamen entschlossenen Willen jeden Versuch, militärische Interventionspolitik zu betreiben, mit den Waffen der Massenerhebung beantworten kann. Die Interessen des

Sowjetstaates verlangen eine einheitliche, geschlossene und kraftvolle europäische Arbeiterbewegung. Die Interessen der KP. laufen in anderer Richtung. Sie müssen mit allen Mitteln die Spaltung herbeizuführen versuchen. Ein Litwinow als Leiter der russischen Außenpolitik hätte das größte Interesse daran, die englische Arbeiterregierung in Ruhe zu lassen, von der er wohl weiß, daß sie Rußland durch ihre entschiedene Abkehr von der Interventionspolitik eine sehr wichtige und notwendige außenpolitische Ruhepause verschafft hat, von der er weiß, daß sie sich gegen jedes Abenteuer der hinter der Szene hetzenden Oelmagnaten und der Imperialisten wendet. Das Interesse der KP. aber und Stalins verlangen, daß Henderson, der heute eine der wichtigsten Stützen einer antifaschistischen Politik geworden ist, möglichst rasch beseitigt und erledigt werde. Die KP. hat durch den gefälschten Sinowjew-Brief die erste Labour-Regierung gestürzt und sich damit, während der Regierung Baldwins, durch Austen Chamberlain ständig vor der Gefahr der Intervention gesehen; aber trotzdem sie weiß, welche Gefahr eine neue konservative Regierung Englands, vielleicht nicht mehr unter Baldwin, aber unter Neville Chamberlain, Churchill und den Zeitungslords, für Sowjetrußland als Staat bedeuten müßte, tut sie wirklich alles menschenmögliche, um den Sturz der Labour und den Aufstieg einer faschistischen englischen Regierung in kurzer Zeit herbeizuführen. Diese Politik der KP. führt letzten Endes zur unmittelbaren Gefährdung Rußlands.

Es wird daher zur Pflicht, die Politik der KP. wohl zu trennen von der des russischen Sowjetstaates; vor allem aber darf nicht der Trugschluß begangen werden, die Interessen der russischen Revolution und Sowjetrußlands gleichzusetzen den Interessen des Grüppleins Halbidioten und bedenkenloser Abenteurer, welche in der Schweiz die Kommunistische Partei der Schweiz «leiten». Das Verhalten der Sozialdemokratie Rußland gegenüber darf in keinem Augenblick beeinflußt werden durch die gerechte Wut über die verbrecherische und verräterische Politik der KP. der Schweiz. Wenn den Plänen der KP. Widerstand geleistet wird, wenn ihr Verhalten in der Gewerkschaftsfrage an den Pranger gestellt wird, wenn die Hilfe, die sie überall der Reaktion gegen die Sozialdemokratie leiht, als Verrat dargestellt wird, wenn die sozialdemokratische Arbeiterschaft zur Ueberzeugung kommt, daß die schweizerische Arbeiterschaft ihre Pflicht nur erfüllen kann, gerade Rußland gegenüber nur erfüllen kann, wenn die Desperadopolitik der KP. erledigt ist, dann tut sich ganz einfach ihre Pflicht sich selbst und ihrer Aufgabe gegenüber. Dann aber muß es als eine seltsame Verirrung bezeichnet werden, wenn der Kampf gegen die KP. der Schweiz und die Verteidigung der Sozialdemokratie gegenüber ihren Verleumdern als Aktion gegen Rußland gewertet wird; wenn, wie in Genf, solche Dinge mög-

lich sind, dann haben einfach die Grenzen zwischen der Verteidigung des russischen Staates gegen seine Feinde und der Sympathie mit der KP. verwischt.

IV.

Zwischen KP. und SP.

Gerade wenn man sich zum linken Flügel der Sozialistischen Arbeiter-Internationale rechnet, kommt man um die Pflicht nicht herum, die verstandesmäßigen Grenzen zwischen KP. und SP. ganz scharf abzustecken; in keinem Augenblick darf Zweifel darüber gelassen werden, daß zwischen dem revolutionären Sozialismus und dem Parteikommunismus der KP. gewaltige Unterschiede bestehen, die man nicht zu verwischen wünscht. Wenn es aber vorkommt, daß an einer Versammlung ein sozialistischer Führer der jüngsten Jahrgänge stolz erklärt: «Genossen, wenn es darauf ankommt, die Interessen der Arbeiter aus einem warmen Herzen heraus zu verteidigen, dann sind wir alle Kommunisten», — dann wird hier entweder mit Phrasen gefochten, oder es wird betrogen. Eins von beiden! In solcher liederlicher Art und Weise darf nicht ein Gefühlsbrei angerichtet werden, in welchem dem Arbeiter alle Unterschiede schwinden. Wenn ein Parteifunktionär so etwas tut, dann hat die Partei die Pflicht, hat aber vor allem die Presse die Aufgabe, den Schwadronneur an den Ohren zu nehmen und ihm die kleine Aufgabe zu geben, sich zunächst einmal darüber klar zu werden, was ein Programm der SP. und ein solches der KP. bedeutet. Wenn aber ein Parteiorgan solche Dummheiten noch angelegentlich verteidigt, dann wird es höchste Zeit, daß die Partei die Grundlagen ihres Verhältnisses zur KP. allen Ernstes nachprüft und die Politiker des Nebels zwingt, Stellung zu nehmen. Gerade hier haben wir Klarheit vor allen Dingen notwendig; die Parteilinke hat vor allem die Aufgabe, sich mit aller Energie gegen die Verwischung der Grenzen zwischen KP. und SP. zu wehren.

Die Sozialdemokratische Partei steht für den revolutionären, aber demokratischen Sozialismus ein, im Gegensatz zum Bolschewismus, der für die Diktatur einer Fraktion über eine Klasse eintritt. Selbst wo das sozialdemokratische Parteiprogramm von Diktatur des Proletariats spricht, versteht es darunter ausdrücklich einen vorübergehenden Zustand, der so rasch wie möglich der Demokratie der Werktätigen zu weichen hat, und es versteht darunter die Diktatur einer ganzen Klasse, nicht nur einer Fraktion. Im Bolschewismus hat die Diktatur als Prinzip zu einer solchen eines kleinsten Kreises über die proletarische Klasse geführt. Das ist es, was wir nicht anerkennen; die menschewistische Tätigkeit findet nur soweit unsere moralische Unterstützung, als sie über dieses Bestreben nicht hinausgeht. Die Erklärungen Dans und Abramowitschs in

der Presse und an den sozialdemokratischen, internationalen Kongressen, das praktische Verhalten der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, alles hat bis dahin deutlich erkennen lassen, daß jenen russischen sozialistischen Parteien, welche in der SAI. organisiert sind, diese Grenzen wohlbewußt blieben; alle haben den Gedanken einer militärischen Intervention in Rußland, mit dem etwa die Georgier gespielt haben mögen, ebenso entschieden als entrüstet zurückgewiesen; alle haben erklärt, daß eine solche Bemühung nur dazu führen müßte, in Rußland den Bolschewismus durch den weißen Schrecken, den Faschismus, zu ersetzen; und getreu diesen Ansichten und Erklärungen haben die russischen sozialdemokratischen Parteien bis daher nichts getan, was der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, als Mitglied der SAI., Anlaß gäbe, gegen ein anderes Mitglied der SAI. Klage zu erheben oder sie in der Oeffentlichkeit zu infamieren.

Wenn es nun aber vorkommt, daß der bolschewistische Staatsanwalt aus Gründen, die nur allzu durchsichtig sind, nicht nur die Internationale, sondern die russischen sozialdemokratischen Parteien einer Tätigkeit anklagt, von der jedes Mitglied der Internationale wissen kann und wissen muß, daß die Sozialdemokraten Rußlands ihrer nicht fähig sind, so ist das wahrhaftig kein Grund, um die Haltung der Partei zu ändern. Wenn die Kretins, welche den bolschewistischen Gedanken in der Schweiz zugrunde zu richten beauftragt sind, befehlsgemäß, als Stipendiaten des kominternen Parteisäckels, ein Geschrei erheben, so kann das wirklich nicht Anlaß sein, um nun nicht nur die russischen Sozialdemokraten zu beargwöhnen, sondern um gleichzeitig den kommunistischen Lausbuben den Balg zu streicheln. Hier wird es Pflicht, sich zu erinnern, daß die Klage Krylenkos aus parteipolitischen Interessen erhoben und mit allen Mitteln einer raffinierten Lügentechnik bis zum Gerichtsurteil weitergeführt wurde. Bleibt diese Einsicht aber bestehen, dann hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, wenn sie ihre Pflichten in der Internationale ernst nehmen will, die unzweideutige Pflicht zur Solidarität mit den verleumdeten Gesinnungsgenossen. Das verlangt die Sauberkeit. Gerade weil wir jeden Gedanken an eine Intervention rücksichtslos deutlich zurückgewiesen haben, steht uns nicht nur das Recht, sondern auch die Solidaritätspflicht zu, offen zu erklären, daß wir jede Verleumdung, die gegen uns oder unsere Gesinnungsgenossen erhoben wird, ebenso deutlich zurückweisen.

V.

Die Einigung.

Nun scheint es, als ob ein guter Teil jener Taktik, die dahinging, die Menschewisten selbst durch sozialdemokratische Parteizeitungen zu verdächtigen und sich die bolschewistische These

restlos zu eigen zu machen, aus dem Bemühen erklärt werden kann, die Differenzen zwischen den beiden Internationalen kleiner zu machen, um schließlich zu einer Einigung der beiden Internationalen zu kommen. Ich bin überzeugt, daß die Sozialdemokratische Partei der Schweiz alles tun wird, was eine Einigung zwischen den beiden proletarischen Zentralorganisationen herbeiführen könnte, wenn diese Einigung mehr als eine Farce sein soll. Eine ehrliche Einigung setzt aber die Einheit des Gedankens voraus, wenn sie nachher zu einer Einheit der Tat führen soll. Die Einheit des Gedankens aber erreicht man nicht dadurch, daß Sozialdemokraten jeden bolschewistischen Unsinn gutheißen, zu jeder bolschewistischen Verleumdung Beifall klatschen; eine solche Einigung kommt einer servilen Unterwerfung unter das bolschewistische Parteidogma gleich; das ist es, was in der Schweiz Tausende senkrechter Arbeiter niemals mitmachen werden. In ihnen lebt das Gefühl allzu stark, daß sie lieber in der Haut eines Sozialdemokraten krepieren werden, als in der Tracht eines bolschewistischen Stipendiaten herumzulaufen, und sie alle wissen, daß die Grundlage einer Einigung nur die gegenseitige Achtung sein kann. Die Art, wie der Einigungsgedanke von einer kantonalen sozialdemokratischen Partei verfochten wird, gräbt ihm das Grab. Eine Partei, die von vornherein ihre Gesinnungsgenossen opfert, die alle Unterschiede sorgsam verwischt, die ihre eigene bisherige Gesinnung verleugnet, die zugibt, daß im Namen der Einigung und im Namen der Verteidigung Rußlands alle bolschewistischen Gemeinheiten in sakrosankte Wahrheiten umgewandelt werden, die erlaubt, daß Phraseure ihre Politik bestimmen, die hat sich selbst aufgegeben, die darf nicht verlangen, daß man mit ihr, bei einer Einigung, noch als Vertragspartner unterhandelt, die kann nichts anderes erwarten, als daß man sie als Unterworfenen behandelt, statt als Gleichberechtigte. Wenn aber die Einigung die Unterwerfung unter den bolschewistischen Gedanken bedeuten sollte, jene Unterwerfung, die kleine Kreise praktisch schon vollzogen zu haben scheinen, dann möchte ich für meinen Teil — und wenn ich allein bleiben sollte — erklären, daß ich als revolutionärer Sozialdemokrat gestanden und gefochten habe, daß ich von dieser Linie nicht abweiche und daß ich lieber falle, als mich unterwerfe. Die Partei hat bis dahin jene Linie verfolgt, welche ein Paul Levi bis zu seinem Ende verfolgte, ist auf jenem Boden gestanden, auf dem ein Otto Bauer steht. Wir haben uns weder der Linie noch der Verwandtschaft zu schämen, noch hat die Partei Grund, um eines kommunistischen Parteimanövers willen ihre bisherige Taktik, ihr Programm, ihr Verhalten zu Rußland zu ändern. Daran war bis heute kein Makel — und es wird auch in Zukunft keiner daran sein.
